



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Land Hessen hat heute einen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht, der sich mit den Folgen des Brexits beschäftigt. Im Plenum habe ich unsere hessische Initiative vorgestellt. Der Prozess des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU ist abgeschlossen und schafft eine neue Ausgangslage im innereuropäischen Standortwettbewerb. Der Antrag fordert daher die Bundesregierung auf, eine aktive innereuropäische Standortpolitik für den Wirtschaftsstandort zu betreiben und sich für die Ansiedelung der EU-Geldwäschebehörde in Deutschland einzusetzen.

Insgesamt haben heute 56 Tagesordnungspunkte das Bundesratsplenum passiert. Vor der Bundestagswahl am 26. September standen unter anderem noch 15 Länderinitiativen, 7 Bundestagsbeschlüsse und 8 Vorlagen aus Brüssel auf der Tagesordnung. Weitere Abstimmungen erfolgten über einen EU-Verordnungsvorschlag zur künstlichen Intelligenz (KI) sowie eine Verordnung zur Weiterentwicklung der Ladesäuleninfrastruktur.

Mit unserem aktuellen Newsletter informieren wir Sie gerne wieder über Ereignisse im Bundesrat und die Aktivitäten in der Hessischen Landesvertretung Berlin.

Viel Spaß bei der Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre

Lucia Puttrich
Staatsministerin

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 17. September 2021

Folgen des Brexit für Deutschland - Europäischen Standortwettbewerb annehmen Entschließungsantrag aus Hessen



© Bundesrat/Sascha Radke

Mit der Initiative soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine aktive innereuropäische Standortpolitik für den Wirtschaftsstandort zu betreiben. Es sollen nationale Verschärfungen von EU-Vorgaben vermieden und der deutsche Rechtsrahmen für digitale Vermögenswerte und Zahlungsströme zukunftsfest gemacht werden. Außerdem sollen Standortbedingungen in Deutschland verbessert werden durch Stärkung des Justizstandorts Deutschland, durch die Internationalisierung bestimmter Verfahren, unter anderem durch die Einrichtung von Kammern für internationale Handelssachen an den Landgerichten. Der Einsatz der Bundesregierung für die Ansiedelung der EU-Geldwäschebehörde in Deutschland ist ebenfalls Teil der Forderungen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sprach Europaministerin Lucia Puttrich im Plenum. Der Antrag wurde in der aktuellen Sitzung des Bundesrates zur Beratung den Ausschüssen für Fragen der Europäischen Union, Finanzen und Kultur zugewiesen.

>>> [zum Video](#)

Künstliche Intelligenz: Bundesrat befasst sich mit Vorschlägen der EU-Kommission



© Bundesrat /Sascha Radke

In seiner Sitzung am 17. September hat sich der Bundesrat mit dem Thema Künstliche Intelligenz (KI) befasst. Das EU-Vorhaben ist für Hessen als KI-Standort von großer Bedeutung. Grundlage ist der von der EU-Kommission vorgeschlagene Rechtsrahmen für diese sich rasant entwickelnde Technologie, die große Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft bietet. Mit einer weltweit einzigartigen Regelung will die EU eine vertrauenswürdige KI schaffen, die neben den Potentialen auch die Risiken in den Blick nimmt. Nach intensiven Ausschussberatungen zu den Vorschlägen hat der Bundesrat – auch mit den Stimmen Hessens – eine ausführliche Stellungnahme mit konstruktiven Vorschlägen, kritischen Hinweisen und umfassenden Anmerkungen beschlossen. Damit leistet der Bundesrat seinen Beitrag für die anstehenden Verhandlungen auf europäischer Ebene.

>>> [mehr dazu unter Bundesrat.de](#)

Elektromobilität: flächendeckender Ausbau der Ladeinfrastruktur Zweite Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung



© HLV Berlin

Mit ambitionierten Maßnahmen will Deutschland seine Klimaziele erreichen. Alle Sektoren müssen zur Erreichung dieser Ziele einen Beitrag leisten, indem sie ihren CO₂-Ausstoß minimieren bzw. spätestens im Jahre 2045 klimaneutral sind. Der Elektromobilität kommt dabei eine wichtige Bedeutung zu. Die Verordnung soll für Erleichterungen beim spontanen Laden von Elektrofahrzeugen sorgen. Unter anderem sollen neu errichtete Ladepunkte über eine Schnittstelle verfügen müssen, die zur Übermittlung von Standortinformationen und dynamischen Daten wie den Belegungsstatus genutzt werden kann. Auch die Benutzerfreundlichkeit soll erhöht werden, indem Betreiber kontaktloses Bezahlen mittels eines gängigen Debit- und Kreditkartensystems anbieten müssen. An dem jeweiligen Ladepunkt oder in dessen unmittelbarer Nähe ist die für das bargeldlose Bezahlen erforderliche Authentifizierung zu ermöglichen.

Die Ausschüsse im Bundesrat haben sich vor allem mit der Frage der festzulegenden Zahlungsmodalitäten beschäftigt und dabei jeweils unterschiedliche Modelle präferiert. Der Bundesrat stimmte nach Abwägung der Ausschussempfehlungen dafür, die Verordnung unverändert anzunehmen.

>>> [weiterlesen](#)

BUNDESRAT - Sondersitzung am 10. September 2021



© Bundesrat/ Henning Schacht

Zwei Gesetzen aus dem Bundestag und einer Verordnung stimmte der **Deutsche Bundesrat** in einer **Sondersitzung** am 10. September 2021 zu. Dazu zählte das **Aufbauhilfegesetz 2021**, das zur Bewältigung der Folgen des Juli-Hochwassers die Einrichtung eines Sondervermögens "Aufbauhilfe 2021" in Höhe von bis zu **30 Milliarden Euro** vorsieht. Die Mittel aus diesem Sondervermögen sollen geschädigten Privathaushalten, Unternehmen und anderen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden und der Wiederherstellung lokaler Infrastruktur dienen. >>> [mehr dazu unter Bundesrat.de](#)

Zustimmung fand auch eine Verordnung zur **Verteilung der Aufbauhilfen** auf die betroffenen Länder. Die Verordnung, welche die Bundesregierung am 1. September 2021 beschlossen hatte, regelt die Verteilung der Hilfgelder aus dem **Aufbauhilfefonds** zwischen den betroffenen Ländern. Die Verteilung der Mittel erfolgt zunächst nach einem festen, auf den ersten Schadenserhebungen der betroffenen Länder basierenden Schlüssel. Der Bundesrat stimmte der Verordnung mit den hessischen Stimmen zu.

>>> [mehr dazu unter Bundesrat.de](#)

Verabschiedet wurde auch ein Gesetz zum **Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder**. Zu dem Gesetz hatte der Bundesrat mit den Stimmen Hessens den Vermittlungsausschuss angerufen. Der nun gefundene Kompromiss sieht unter anderem vor, dass die Finanzhilfen des Bundes auch für den Erhalt bereits eingerichteter Betreuungsplätze und nicht nur für die Schaffung neuer Plätze verwendet werden können. Außerdem beteiligt sich der Bund mit einer **Finanzierungsquote** von **bis zu 70 Prozent** an den **Investitionskosten** und nicht, wie im ursprünglichen Gesetzesbeschluss vorgesehen, nur bis zu 50 Prozent. Der Bundesrat stimmte dem Vorhaben mit den Stimmen aller Länder zu. >>> [mehr dazu unter Bundesrat.de](#)

VIDEOS

Unsere **Veranstaltungen** können Sie auf unserem **YouTube Kanal Hessen in Berlin und Europa** sowie bei **Twitter** unter **@EUBerlinEuropa** abrufen.

1. September 2021 Livestream



© HLV Berlin

#oneclicktoeurope

Malta und Ungarn - „Was bedeutet das Corona-Virus für die Europäische Union?“

Nach der Sommerpause setzte die Hessische Landesvertretung Berlin ihre Veranstaltungsreihe #oneclicktoeurope fort. Für das Gespräch am 1. September hatte die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich die Botschafter von Malta, S.E. Dr. Vanni Xuereb, und Ungarn, S.E. Dr. Péter Györkös, eingeladen.

Es gab viel zu besprechen: Die hohe Impfquote ermöglicht vieles, worauf vor einem Jahr verzichtet werden musste. Dennoch wird weiterhin intensiv über „3G“ (getestet, genesen und geimpft) debattiert. Welche Entscheidungen haben unsere Gastländer zu diesem Thema getroffen?

>>> [weiterlesen](#)

8. September 2021 Livestream

Sportland Hessen

"Hessen in der Welt des Sports - Olympia 2021"



© HLV Berlin | Henning Schacht

Die Olympischen Sommerspiele in Tokio sind zu Ende. Dieses besondere Sportereignis hat die Hessische Landesvertretung Berlin zum Anlass genommen, um mit drei Olympia-Teilnehmerinnen aus Hessen ins Gespräch zu kommen. Der Hessische Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth, die Vorstandsvorsitzende des DOSB, Veronika Rücker und drei Olympiateilnehmerinnen aus Hessen, die Langstreckenläuferin Melat Yisak Kejeta, die Schwimmerin Sarah Köhler und die Siebenkämpferin Carolin Schäfer blickten mit dem Sportjournalisten Florian Naß auf Olympia 2021 in Tokio zurück.

>>> [weiterlesen](#)

14. September 2021 Livestream



© HLV Berlin

#oneclicktoeurope

Kroatien und Slowakei - „Was bedeutet das Corona-Virus für die Europäische Union?“

Die Botschafter von Kroatien, S.E. Gordan Bakota, und der Slowakei, S.E. Marián Jakubócy, haben mit Moderator Christoph von Marschall über Rechtstaatlichkeit, Migration und die Konferenz zur Zukunft Europas gesprochen. Wie gewohnt, schauten die Gäste auch auf die aktuelle Corona-Lage.

Wie verläuft in Kroatien und in der Slowakei die Debatte um weitere Öffnungen und die Fortsetzung der Impfungen? Welche Vorstellungen gibt es zur Verwendung der von der EU bereit gestellten Finanzmittel zur Bewältigung der Krise?

>>> [weiterlesen](#)

VORSCHAU Veranstaltungstermin

Tag der offenen Tür am 3. Oktober 2021

Haben Sie am Tag der Deutschen Einheit schon etwas vor?

Wenn nicht – Sie sind herzlich zum Tag der offenen Tür in die Hessische Landesvertretung Berlin eingeladen!

Wir bieten von 11:00 Uhr bis 18:00 Uhr ein buntes Programm für alle, die Hessen besser kennen lernen wollen. Kolleginnen und Kollegen halten Vorträge über ihre Arbeit in der Landesvertretung. Zudem wurde ein Kinderprogramm mit Karussell und Experimentierstation zum Klimaschutz organisiert. Daneben halten wir jede Menge Informationsmaterial über das Tourismusland Hessen bereit und für das leibliche Wohl sorgt unser Bistro Mainhattan. Am 3. Oktober wollen wir uns auch an die Geschichte des geteilten Deutschlands erinnern. Deshalb stellen wir ein Mustang-Fluchtauto vom Mauermuseum, Infotafeln der Berliner Unterwelten sowie einen Gefängniswagen aus der Gedenkstätte Hohenschönhausen aus. Über den Tag verteilt werden Zeitzeugen ihre persönlichen und bewegenden Geschichten erzählen.



© HLV Berlin/Henning Schacht

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.



Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin
Telefon 030. 726 200 500
www.landesvertretung.hessen.de
www.stk.hessen.de

Parkplätze stehen leider nicht zur Verfügung.
Öffentliche Verkehrsmittel:
U2 & S-Bahn »Potsdamer Platz«, 2 Min.,
barrierefrei,
Fußweg über Ebertstraße Richtung
Brandenburger Tor.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

10117 Berlin

Hessen im Social Web:

